

Samstag, 31.12.2022

Feuilleton

ZEITUNG  
FAZ.NET

ISRAEL NACH DER REGIERUNGSBILDUNG

## Israels Irrweg

Das rechte Bündnis hat eine Vorgeschichte.

Von Michael Bischoff, Raef Zreik



**Die neue israelische Regierung:** Benjamin Netanjahu bleibt weiterhin Ministerpräsident. dpa

BEITRAG TEILEN

Israels Wahlergebnisse haben mit dem Sieg von Benjamin Netanjahu eine Serie von vier Wahlen innerhalb von drei Jahren beendet, bei denen keines der Lager pro und contra Netanjahu einen klaren Sieg erringen konnte. Nun ist es Netanjahu gelungen, ein rechtes Regierungsbündnis zu schmieden, unter anderem mit der rassistischen Partei Utsmah Yehudit von Ben Gvir (F.A.Z. vom 2. November). Die linkszionistische Partei Meretz scheiterte an der 3,5-Prozent-Hürde, weshalb sie erstmals nicht in der Knesset vertreten ist, während sich die Zersplitterung der Stimmen innerhalb der palästinensischen Bürgerschaft Israels fortsetzt. Statt einer gemeinsamen Liste hatten sich drei verschiedene Listen zur Wahl gestellt; zwei von ihnen, Hadash und die mit der islamischen Bewegung verbundene Einheitsliste, erreichten die nötige Stimmenzahl, während Balad

scheiterte. Dabei hätte gerade Balad eine klare Opposition zur gegenwärtigen Politik geboten, da sie Israel zu einem Staat für alle Bürger machen will.

Die Kombination aus Netanjahu als Premier, dem Gerichtsverfahren drohen, und Ben Gvir ist gefährlich (F.A.Z. von vorgestern). Zumal Netanjahu offensichtlich daran interessiert ist, seine strafrechtlichen Probleme ungeschoren zu überstehen. Die einzige Möglichkeit, das zu erreichen, ist die Schwächung der Gerichtsbarkeit durch die Verabschiedung neuer Gesetze, die der Knesset ein Vetorecht gegenüber den Gerichten einräumen würde. Dieses Ziel trifft sich mit Ben Gvirs Absicht, verstärkt die Palästinenser anzugreifen und es den Siedlermilizen zu ermöglichen, auch mittels Gewalt weiteres Land zu übernehmen. Die rassistische Rechte befindet sich in Israel seit mehr als zwei Jahrzehnten im Aufstieg. Seit dem Zusammenbruch des Friedensprozesses im Jahr 2000, dem Ausbruch der zweiten Intifada und dem 11. September haben sich der Staat wie auch die Gesellschaft Israels immer mehr nach rechts bewegt und damit die Möglichkeit ausgeschlossen, je einen Kompromiss mit dem palästinensischen Volk zu erreichen.

### **Eine neue Stufe des Rassismus**

Premierminister Rabin wurde 1995 zwar von einem rechtsextremen Israeli ermordet, doch in Wirklichkeit hatte die israelische Seite sich selbst aus dem Spiel genommen, als sie nach dem Jahr 2000 behauptete, dass es keinen palästinensischen Partner für Friedensgespräche gebe. Das wichtigste politische Ziel, das sie über die Jahre offeriert hatte, war der historische Kompromiss einer Zweitstaatenlösung. Als sie dann erklärte, der Partner hierfür fehle, war diese Mission erschöpft. Seither blutete die israelisch-zionistische Linke aus, bis sie jetzt bei der Wahl verendete.

Dafür gewinnt seit dem Jahr 2000 die religiöse Rechte immer mehr an Schwung. Etliche neue Gesetze wurden in Israel geschaffen, die Justiz, Bürger- und Menschenrechtsorganisationen und die politischen Rechte der Palästinenser beschränken. Und die neu errichteten Siedlungen lassen keinen Zweifel an den Absichten Israels hinsichtlich der Zukunft der Westbank. Angesichts der Tatsache, dass zwischen dem Fluss Jordan und der Mittelmeerküste ungefähr so viele Juden wie Palästinenser leben und Israel dennoch nicht bereit ist, eine Aufteilung des Territoriums in zwei Staaten zu akzeptieren, ist ein Staat zu erleben, der geopolitisch alles kontrolliert. Können unter diesen Umständen die Rechte aller Bewohner gewahrt werden? Das Grundgesetz von 2018 schreibt die jüdische Hoheit fest und verurteilt die Palästinenser innerhalb Israels dazu, Bürger zweiter Klasse zu sein.

Die Beteiligung der Ben-Gvir-Partei markiert in dieser Hinsicht eine neue Stufe des Rassismus in Israel. Denn sie zielt darauf ab, die Palästinenser durch Enteignung und Gewalt unter Druck zu setzen. Die Saat dieser Entwicklung wurde freilich schon früher gelegt. So drohten vor Monaten Knesset-Abgeordnete und ehemalige Minister der Likud-Partei den Palästinensern in Israel mit einer neuen Nakba, nur weil palästinensische Studenten auf dem Campus israelischer Universitäten palästinensische Flaggen gehisst hatten. Wenn die jüdische Mehrheit in Israel nicht zu einem Kompromiss bereit ist, der entweder zwei

unabhängige Staaten vorsieht oder einen Staat mit gleichen Rechten für alle, kann die Folge nur Apartheid oder Vertreibung sein. Dafür freilich steht die Politik von Ben Gvir.

*Raef Zreik forscht am Van Leer Institute Jerusalem. Dieser Tage erscheint von ihm das Buch „Kant's Struggle for Autonomy“.*

Aus dem Englischen übersetzt von Michael Bischoff.

BEITRAG TEILEN

[Vorheriger Artikel](#)[Nächster Artikel](#)